

# Ebikon soll den VLG verlassen

Die Mitglieder des Verbands der Luzerner Gemeinden sind sich uneins. In Ebikon wird sogar ein Austritt erwogen.

Lukas Nussbaumer

Der 1996 gegründete Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) durchlebt eine schwierige Zeit. Intern sieht er sich mit divergierenden Ansichten seiner Mitglieder in zentralen Fragen konfrontiert, extern steht er im Clinch mit dem Kanton. Die beiden Konflikttherde manifestieren sich an zwei Beispielen: der inzwischen vom Volk gutgeheissenen Steuergesetzrevision und dem innerkantonalen Finanzausgleich, der am 2. Dezember vom Kantonsrat zum zweiten Mal beraten wird, damit aber noch längst nicht vom Tisch ist, weil auf die Teil- noch eine Totalrevision folgt.

Dass in einem Verband mit 80 Gemeinden nicht immer Konsens herrscht, versteht sich. Seit zehn Jahren neu ist hingegen, dass das Wort Austritt aus dem Verband wieder einmal in den Mund genommen wird. War es 2014 die Stadt Luzern, die sich ab 2015 für sieben Jahre aus dem VLG verabschiedete, könnte es nun Ebikon sein.

## Stimmt das

### Kosten-Nutzen-Verhältnis?

Für Guido Müller, der für die SVP im Ebikoner Einwohnerrat sitzt und seit 2000 mit einem kurzen Unterbruch im Kantonsrat politisiert, muss das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Verbandsmitgliedschaft überprüft werden. «Ich arbeite derzeit an einem Vorstoss dazu. Es geht mir nicht nur um den Nutzen für die Gemeinde, sondern auch um die Kosten», sagt der Präsident der kantonsrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben sowie frühere Chef der SVP-Fraktion.

Dass sich ausgerechnet ein Ebikoner fragt, welche Vorteile eine Verbandsmitgliedschaft für seine Gemeinde bringt, liegt auf der Hand. Während sich der VLG im Abstimmungskampf um tiefere Steuern trotz anfänglich lauten Protests nicht engagierte, gehörte Ebikon zu jenem halben Dutzend Gemeinden, welche die Revision des Steuergesetzes für verfehlt hielt und das auch kundtat.

Auch bei der Teilrevision des Finanzausgleichs fühlt sich Ebikon zusammen mit 24 weiteren Kommunen vom Verband,



Die Rontaler Gemeinde Ebikon mit ihren knapp 15'000 Einwohnerinnen und Einwohnern fühlt sich vom Verband der Luzerner Gemeinden nicht gut vertreten. Bild: zvg

der bei der Ausarbeitung der Revision mitwirkte und sie bei einem gemeinsamen Auftritt mit Finanzdirektor Reto Wyss sogar als gelungen bezeichnete, nicht vertreten. Ausdruck davon war ein Ende August an die Medien versandter Brief, in dem die erbosten Kommunen zum Zweihänder griffen: «Der Kanton tritt die Solidarität der Starken mit den Schwachen mit Füssen.»

### Jährliches Sparpotenzial von 31'000 Franken

Dass der höchste Luzerner des Jahres 2006 und ehemalige Präsident der kantonsrätlichen Planungs- und Finanzkommission bei einem Minus von 2,35 Millionen Franken im 2025-er Gemeindebudget auch den finanziellen Aspekt ins Feld führt, ist nachvollziehbar. Ein Jahresbeitrag von knapp 31'000 Franken ist bei einem Aufwand von rund 124 Millionen Franken zwar ein Klacks. Doch Ebikon müsse auch kleine Beträge hinterfragen, sagt Müller. Er will vom Gemeinderat denn auch über den Nutzen von weiteren Verbandsmit-

gliedschaften wie dem Planungsverband Luzern Plus informiert werden.

Bedenken, dass Ebikon bei einem Austritt beim Kanton zwischen Stuhl und Bank fallen würde, hat Müller nicht. «Als die Stadt Luzern nicht Mitglied des VLG war, hat die Regierung dennoch den Austausch gesucht. Das wäre bei Ebikon nicht anders», glaubt das Ehrenmitglied des kantonalen KMU- und Gewerbeverbands.

### Dabeisein hat «klare Vorteile»

Die VLG-Präsidentin Sibylle Boos-Braun würde einen Austritt von Ebikon selbstredend bedauern. Und die Gemeindepräsidentin von Malters sowie FDP-Kantonsrätin glaubt im Gegensatz zu Guido Müller, ein Abseitsstehen von Ebikon wäre für die Gemeinde von Nachteil. Das zeige das Feedback der Stadt Luzern zu den Erfahrungen seit dem Wiedereintritt 2022: «Ein Mitwirken im Verband hat gegenüber einem Alleingang klare Vorteile. Ich denke, dass der Jahresbeitrag von knapp 31'000 Franken für Ebi-

kon gerechtfertigt ist und einen Nutzen bringt.»

Auf die Frage, ob sich im VLG gerade neue Gräben öffnen, sagt Boos, das Finden eines gemeinsamen Nenners sei «selten einfach». Besonders schwierig sei das beim Finanzausgleich. «Eine Lösung, die alle 80 Gemeinden zufriedenstellt, gibt es nicht. Dafür sind die Kommunen finanziell und strukturell zu unterschiedlich aufgestellt.»

### VLG setzt sich in Kommission durch

Das Protestschreiben von 25 Gemeinden gegen die Revision des Finanzausgleichs habe dies gezeigt und die Verbandsspitze bewegt, das Gespräch zu suchen. Resultat waren drei Anträge, die der Vorstand zuhanden der von Guido Müller präsidierten kantonsrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben eingereicht hat – und damit durchgedrungen ist. So sollen die Gemeinden mehr finanzielle Sicherheit und mehr Geld vom Kanton für den Infrastrukturlastenausgleich erhalten, wie die Kommission letzte Woche mitgeteilt hat.

Sorgen hat die Verbandspräsidentin wegen den jüngsten Ereignissen zwar nicht. Doch sie sagt, der VLG müsse seine Mitglieder «noch vermehrt vom solidarischen Gesamtnutzen des Verbands überzeugen können. Sonst laufen wir Gefahr, dass sich die Gemeinden zu stark nur auf ihren Eigennutzen konzentrieren.» Auch im Verband selber brauche es Optimierungen. Weil die Zahl der Geschäfte laufend zunimmt, sollen die Geschäftsstelle und Fachbereiche gestärkt sowie die Kommunikation angepasst werden.

Von einem besonders belasteten Verhältnis zur Regierung – vor Jahresfrist sagte Boos, der VLG sei «mit der Finanzpolitik des Kantons sehr unzufrieden» – will die seit 2019 im Parlament politisierende Malterserin aktuell nicht reden. Weil beide Staatsebenen unterschiedliche Rollen hätten, gehöre halt ein gewisses Konfliktpotenzial dazu. Der VLG engagiere sich für eine faire Finanzierung des grossen Aufgabenwachstums, das auf die Gemeinden zukomme, und erwarte vom Kanton entsprechende Unterstützungsbereitschaft.

## Gemeinde will Sportanlage Weierhus kaufen

**Eschenbach** Die Gemeinde hat einen Kaufvertrag für die Sportanlage Weierhus unterzeichnet. Dazu zählen Spielfelder, Wohnhaus und Scheune. Mit der Vertragsunterzeichnung kommen jahrelange Verhandlungen zwischen der Gemeinde und der Erbgemeinschaft Fischer zu einem Abschluss.

Der Kaufpreis beträgt 5,3 Millionen Franken, über den die Bevölkerung 2025 abstimmen kann. Die veraltete Infrastruktur soll umfassend saniert werden. Der Erwerb sei ein strategischer Schritt, um die Sport- und Freizeitanlage als sozialen Treffpunkt und Standort für Kinder- und Jugendsport zu sichern, teilt die Gemeinde mit. Der FC Eschenbach, mit 20 Nachwuchsteams regional bedeutend, profitiert besonders davon. (rem)

## Sonderkredit wird befürwortet

**Kanton Luzern** Die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (Gask) des Luzerner Kantonsrates hat einem Dekret zugestimmt, das Ausgaben in Höhe von 7,65 Millionen Franken zur Finanzierung gemeinwirtschaftlicher Leistungen bewilligt. Das geht aus einer Meldung des Kantons vom Mittwoch hervor. Die Mittel sollen in die Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten in den Spitälern der kantonalen Spitalliste fließen.

Die Gask befürwortet diesen Sonderkredit mit deutlicher Mehrheit. Sie betont die Bedeutung der qualitativ hochwertigen Facharztweiterbildung und fordert eine transparente Kostenstruktur. Eine Minderheit der Kommission lehnt das Dekret ab. Das Geschäft wird in der Dezember-Session 2024 im Kantonsrat behandelt. (luz)

## Reiden entwickelt Schulraum weiter

**Bildung** Reiden braucht zusätzlichen Schulraum. Das hat der Gemeinderat nach einer Auslegeordnung mit der Schule, der Bildungskommission und Fachleuten bilanziert. Er hat im Budget 2025 finanzielle Mittel für einen Planungskredit bereitgestellt, womit eine abstimmungsreife Vorlage für die Schulraumplanung erarbeitet werden soll.

Fachleute haben vier Varianten für die Schulraumentwicklung skizziert. Diese wurden am Dienstagabend an einer Infoveranstaltung mit der Bevölkerung diskutiert. Wie es in einer Mitteilung heisst, wurden die Varianten unterschiedlich beurteilt. So stünden etwa Direktbetroffene einer Verschiebung der Schulstandorte aus Reidermoos und Richenthal kritisch gegenüber. Der Gemeinderat wird die Rückmeldungen nun auswerten. Er will im Jahr 2025 seinen Strategieentscheid fällen. (fnii)

# Kommission spricht sich für Anlaufstelle aus

Die Luzerner Gesundheitskommission fordert die Prüfung einer überkantonalen Anlaufstelle für Long Covid.

Die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (Gask) des Luzerner Kantonsrats verlangt vom Regierungsrat, den Aufbau einer überkantonalen Anlaufstelle für Long Covid zu prüfen. Die Anlaufstelle könnte die Behandlung von Betroffenen sowie den Wissenstransfer zu den Hausärzten besser koordinieren, schreibt die Gask in einer Mitteilung. Neben Long Covid soll die neue Anlauf-

stelle auch Personen mit chronischem Fatigue-Syndrom unterstützen.

Die Thematik soll im Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung aufgenommen werden, den die Regierung im September vorgestellt hat. Die Gask hat dem Bericht grossmehrheitlich zugestimmt. Der Kommission ist die Förderung der integrierten Versorgung und eine stärkere Digitalisie-

rung des Gesundheitswesens ein wichtiges Anliegen. Aus Sicht der Kommission ist ausserdem der Prävention und der Stärkung der Eigenverantwortung stärkeres Gewicht zu verleihen.

Eine Minderheit der Kommission ist der Ansicht, dass die im Planungsbericht vorgesehenen Massnahmen und Mittel nicht ausreichen. Sie plädiert dafür, dass der Kanton eine

deutlich aktivere Rolle bei der Weiterentwicklung der Versorgung einnimmt und mehr finanzielle Mittel einsetzt.

Der Planungsbericht beinhaltet die Eckpfeiler der Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern für die nächsten Jahre. Vorgesehen sind acht Massnahmen. Dazu zählen etwa die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung zu verbessern, den Aufbau regionaler Gesundheits-

netzwerke anzustossen und ein kantonales Brustkrebs-Früherkennungsprogramm sowie weitere Präventionsprogramme einzuführen. Auch dem Fachkräftemangel soll begegnet werden, indem die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und der Einsatz neuer Berufsgruppen gefördert werden soll. Der Bericht wird in der Dezember-Session im Kantonsrat beraten. (rem)